

Rassismus in Israel

Martin Forberg ist freier Journalist und Mitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte und lebt in Berlin.



Die Gewalt kommt in die internationalen Schlagzeilen

„Israel erschrickt über Rassismus in der Gesellschaft“ – so lautete im Sommer diesen Jahres eine Überschrift in der Frankfurter Rundschau. Im Mai 2012 spitzten sich die Gewaltakte gegen afrikanische Flüchtlinge zu.

Drei junge Palästinenser wurden im August in Jerusalem am Zionsplatz von Dutzenden jüdisch-israelischen Jugendlichen beschimpft, gejagt und zusammengeschlagen. Einer der palästinensischen Jugendlichen wäre beinahe umgekommen. Der israelische Polizeisprecher sprach von einem „Lynchversuch“. Ein mutmaßlicher Täter sagte: „Von mir aus soll er draufgehen“.

Dies war kein Einzelfall: Im März hatten jüdisch-israelische Jugendliche mit „Tod den Arabern“-Rufen palästinensische Arbeiter in der Malha-Einkaufspassage im

Süden Jerusalems überfallen. Die Gewalt von Siedlern gegen Palästinenserinnen und Palästinenser hat derartige Ausmaße angenommen, dass das US-Außenministerium mittlerweile dafür den Begriff „terroristische Angriffe“ verwendet.

Die israelische Zeitung Ha'aretz titelte sarkastisch „Ein guter Jude hasst Araber“. Das Blatt wollte deutlich machen, dass die Gewalttäter vom Zionsplatz umgesetzt haben, was die israelische Regierung ihnen beigebracht hat. Zwar zeigten sich Politiker in Israel entsetzt, aber – so Ha'aretz:

Vielfalt macht klug!

Wochenkalender 2013

2013 sind viele Änderungen zum integrationspolitischen Status Quo geplant und neue Ideen können umgesetzt werden. Um die Übersicht über arbeitsmarktpolitische Themen, hierzu relevante und auch alle anderen Termine zu behalten, gibt access pünktlich zum Jahreswechsel einen Wochenkalender heraus. Bebildert ist der vielseitige Kalender mit Fotos aus der Ausstellung „Gefühle Blicke Fotografien - Flüchtlingsfrauen fotografieren“, die vom Beauftragen für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein, dem Frauenhaus Neumünster und der Flüchtlingsberatung des Diakonischen Werk Altholstein 2012 realisiert wurde.

Monatlich geben Texte zu einem der Themen Auskunft, die Ausbildung oder und Arbeit suchende MigrantInnen mit und ohne Fluchthintergrund sowie die sie dabei Unterstützenden im Laufe des Jahres bewegen werden: Antidiskriminierung, Rechtslagen, Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder berufsbezogenes Deutsch sind wenige Beispiele. Darüber hinaus enthält der Kalender einen umfangreichen Adressteil Rat gebender Organisationen und zuständiger Stellen.

Der Kalender kann ab Mitte Dezember 2012 bei access bestellt werden: access@frsh.de



„Der Hass auf Araber ist Teil des Loyalitätstests und der Identität, die der Staat für seine jüdischen Bürger bereit hält - ein loyaler Israeli wird einen Araber sterben lassen, weil ‚er ein Araber ist‘“.

Die Übergriffe gegen Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern

Im Mai 2012 demonstrierten etwa 1.000 BewohnerInnen des südlichen Teils von Tel Aviv für eine Abschiebung aller Flüchtlinge. An diesem Tag fand eine gewalttätige Hetzjagd auf Flüchtlinge aus Afrika statt.

Die Gewalt, der sie seit Beginn des Jahres 2012 ausgesetzt sind, beschränkt sich keineswegs auf Tel Aviv.

Ende August trafen sich in der Nähe des Saharonim-Gefängnisses Flüchtlinge und Israelis, die sich mit ihnen solidarisieren, zu einer Kundgebung. Das Gefängnis liegt an der Grenze zu Ägypten. Mehrere Tausend Geflüchtete sind dort inhaftiert.

Auch führende Politiker waren an der Kampagne gegen die Flüchtlinge beteiligt. So verkündete Premierminister Netanjahu schon 2010, Afrikaner seien „eine konkrete Gefahr für den jüdischen und demokratischen Charakter Israels“. Innenminister Eli Yishai stellte nach den Gewalttaten vom Mai 2012 fest: „Die Muslime, die hier ankommen, glauben nicht, dass dieses Land zu uns gehört, zu den Weißen.“ Die staatlichen Maßnahmen gegen Geflüchtete haben auch mit dem institutionellen Rassismus gegen PalästinenserInnen und mit deren Verdrängung zu tun: Anfang 2012 traten Erweiterungen des „Anti-Infiltrationsgesetzes“ in Kraft – auch Geflüchtete gelten jetzt als „Eindringlinge“, als „Infiltranten“. Das Gesetz stammt aus dem Jahr 1954. Es richtete sich gegen PalästinenserInnen, die aus arabischen Ländern auf ihr Land zurückkehren wollten, das nach ihrer Vertreibung enteignet worden war.

Dreißig diskriminierende Gesetze in fünf Jahren

In den letzten Jahren verschärfte sich auch die Ausgrenzung palästinensischer Bürgerinnen und Bürger Israels. So erließen 2010 prominente israelische Rabbiner einen Aufruf, keine Wohnungen an Nicht-Juden zu vermieten. Dies zielte vor allem auf in der Stadt Safed lebende PalästinenserInnen, die dort an einem örtlichen College studieren. Die israelische Internetzeitung YNet berichtete, dass 41 % der säkularen Israelis diesen Aufruf unterstützten, gegenüber 64 % der traditionell-religiösen und 88 % der „ultra-orthodoxen“ jüdischen Bevölkerung.

Im September 2011 hat die israelische Regierung den sogenannten „Praver-Plan“ verabschiedet. Wenn er voll umgesetzt wird, hat er die gewaltsame Umsiedlung von bis zu 70.000 Arab BeduinInnen zur Folge, die in der Negev-Wüste leben. Im Jahr 2011 wurden bereits mehr als 1.000 Wohnstätten



Roma in Serbien (Foto: Bastian Wrede)

zerstört. Dabei geht es ebenfalls um die Rechte von Bürgern des Staates Israel.

Die Menschenrechtsorganisation Adalah, die sich für arabische Minderheitenrechte in Israel einsetzt, hat außerdem allein für die Jahre 2007 bis 2012 eine Liste von 30 diskriminierenden Gesetzen zusammengestellt. Auch sie betreffen zumeist die Rechte der palästinensischen Minderheit in Israel. Haneen Zoabi ist eine palästinensische Bürgerin Israels und Abgeordnete der Knesset, des israelischen Parlaments. Für sie ist auch das „Rückkehrgesetz“ von 1950 ausgrenzend: „Rassistische Gesetze sind solche, die den jüdischen Bürgern Vorrechte einräumen. Beispielsweise das Staatsbürgerschaftsgesetz: Israel garantiert allen Juden, die einen Antrag stellen, die Staatsbürgerschaft, während Palästinensern dies verwehrt wird. Palästinenser, die in Deutschland geboren wurden und leben, weil ihre Eltern vertrieben wurden, können nicht in ihre Heimat zurück, auch wenn sie dort Eigentum oder Familienangehörige haben.“

Was ist Rassismus?

Diese Beispiele zeigen, dass das Problem des Rassismus in Israel schon lange vor der seit 2009 regierenden israelischen Rechtsregierung existierte. Umso wichtiger ist die Frage, was unter Rassismus zu verstehen ist. Denn das ist nicht so selbstverständlich, wie es scheinen mag.

Mit dem Begriff Rassismus sollen Strukturen aufgedeckt werden. Es geht dabei nicht um Polemik. Eine ganzheitliche, nicht nur auf ein Land fixierte Sicht ist nötig. Wer den Rassismus nur in Israel sucht (und natürlich findet), ihn aber in Deutschland, Europa und auch in der arabischen Welt nicht vermutet, befindet sich auf dem Holzweg.

Das Wort „Rassismus“ selbst kommt hierzulande nur selten vor, gerade wenn es um die deutsche Gegenwart geht. Es gilt in Deutschland ausschließlich als Zwillingsbruder des Rechtsradikalismus. Der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft bleibt dadurch ebenso außen vor wie der institutionelle Rassismus, der durch staatliche oder andere Einrichtungen ausgeübt wird. Außerdem werden in der deutschen Diskussion oft die verschiedenen Formen von Rassismus

getrennt voneinander betrachtet. Antisemitismus gilt dann als bedeutender als andere Rassismen. Dadurch kann eine „Hierarchie des Leidens, eine Hierarchie im Verständnis von Rassismus“ entstehen - so die Islamwissenschaftlerin und Juristin Nahed Samour. Für Menschen palästinensischer Herkunft ist es dann schwer, ihre Rassismuserfahrungen zu thematisieren, sofern es um Israel geht.

In der UN-Konvention gegen Rassismus gibt es eine sinnvolle Definition. In Artikel 1 heißt es: „In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck ‚Rassendiskriminierung‘ jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.“

Allerdings irritiert hier der Begriff „Rasse“. Es gibt daher Vorschläge, ihn durch „rassistisch“ zu ersetzen.

Rassismus und Apartheid in Israel / Palästina – zwei Analysen, die versuchen, der Sache auf den Grund gehen:

Im Jahr 2012 erschienen zwei sehr unterschiedliche Texte, in denen der Rassismus in Israel und in den von Israel besetzten Gebieten grundlegend betrachtet wird. Im Juni hielt der aus dem Irak stammende israelische Schriftsteller Sami Michael eine Rede in Haifa, die später unter dem provozierenden Titel „Israel ist der rassistischste Staat der industrialisierten Welt“ veröffentlicht wurde.

Schon im März 2012 erschien der aktuelle Bericht des UN-Ausschuss für die Beseitigung von Rassendiskriminierung über Israel. Der britische „Independent“ zitierte Dr. David Keane, Dozent für Recht und Menschenrechtsspezialist an der Universität von Middlesex in Großbritannien: seiner Ansicht handelt es sich hier um die „schärfste (...) Verurteilung eines Rechtssystems der Trennung (Segregation) seit den Zeiten des Apartheidsystems in Südafrika“.

Essen verbindet!

Leckere Rezepte zum Nachkochen

Die Idee entstand in der Flüchtlingsunterkunft Lübbersdorf: die dort lebenden Flüchtlinge wollten sich mit einem Festessen bedanken für die Möglichkeit, Deutschkurse zu besuchen. Die so beglückten MitarbeiterInnen des Projekts „Handwerk ist Interkulturell“ im Netzwerk „Land in Sicht! - Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“ fragten nach - und es entwickelte sich ein Kochbuch, in dem die Köchinnen und Köche aus der Flüchtlingsunterkunft typische Rezepte aus ihren Heimatländern Afghanistan, Irak und Vietnam zum Nachkochen präsentieren, eingeführt jeweils mit kurzen Informationen über diese Länder. Das 48-seitige reich bebilderte Kochbuch kann bestellt werden beim Netzwerk „Land in Sicht – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“: lis@frsh.de; mehr Informationen auf www.landinsicht-sh.de/publikationen.html



Doch zunächst zu Sami Michael, dem Schriftsteller: er betont, dass die „dominante Kultur in Israel“ sich immer nach Westen orientiert und die Umgebung des Nahen Ostens als feindlich wahrgenommen habe. Vor diesem Hintergrund stellt er fest, dass Rassismus und tiefe soziale Gegensätze im Staat Israel seit dessen frühesten Tagen bis heute existiert hätten. Dieser Rassismus sei heute - mit dem Erstarken der „religiösen“ Rechten - mehr und mehr in der israelischen Gesellschaft verankert. Michael stammt aus dem Irak. Er hat daher selbst schon in den 1950er Jahren einen anti-arabischen Rassismus erlebt, der sich gegen ihn, den arabischen Juden richtete. Dieser Rassismus sei damals von der europäischen, „linken“ Elite im Staat Israel ausgegangen.

Der zweite, juristische Text, ist weitaus trockener, argumentiert aber nicht weniger grundsätzlich: Der UN-Ausschuss für die Beseitigung von Rassendiskriminierung (abgekürzt CERD) veröffentlichte als Ergebnis seiner 80. Sitzung, in der verschiedene Staaten unter die Lupe genommen worden waren, auch eine Stellungnahme über den Stand der Umsetzung der UN-Konvention

gegen Rassismus in Israel. Der Ausschuss stellte sowohl für Israel in den Grenzen von 1949 als auch für die 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten Ansätze von Apartheidstrukturen fest. Apartheid ist nach Artikel 3 der UN-Konvention gegen Rassismus verboten. In Israel sei die Existenz zweier getrennter Bildungssysteme ebenso bedenklich wie das Nebeneinander von „jüdischen Gemeinden“ und „Gemeinden der Minderheiten“.

Erst recht sah das CERD Hinweise auf Apartheidstrukturen in den besetzten palästinensischen Gebieten: dort existierten zwei „vollkommen getrennte rechtliche Systeme“ und Institutionen für „jüdische Gemeinschaften“, die sich in illegalen Siedlungen gruppierten einerseits und für die palästinensische Bevölkerung in „Städten und Dörfern auf der anderen Seite“. Der Ausschuss zeigte sich bestürzt über den „hermetischen Charakter der Trennung der beiden Gruppen, die auf dem gleichen Territorium leben, aber sich nicht der gleichen Nutzung von Straßen und Infrastruktur oder dem gleichen Zugang zur Grundversorgung und zu Wasserressourcen erfreuen“.

Besonders bedeutsam ist, dass es dem UNO-Ausschuss hier nicht „nur“ um Menschenrechtsverletzungen geht, sondern er wertet die beklagten Zustände ausdrücklich als Formen rassistischer Diskriminierung.

Was tun?

Eine unmittelbare praktische Schlussfolgerung sollte es sein, politische Kräfte in Palästina / Israel zu unterstützen, die sich für gleiche Rechte und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Die palästinensische Knessetabgeordnete Haneen Zoabi hat eine Forderung an die Politik der europäischen Staaten formuliert: „Die Europäer könnten ihre Unterstützung für Israel an die Bedingung gleicher Rechte für die Palästinenser knüpfen.“ Diese politische Orientierung ist ein konstruktiver Weg für ein konstruktives Ziel. Sie sollte auch zum Beispiel auf die deutsche Situation selbst angewendet werden – etwa wenn es um die Überwindung der Diskriminierung von Flüchtlingen geht.



Roma in Serbien (Foto: Bastian Wrede)